

Wahlprüfstein DIE LINKE

Landeselternrat Niedersachsen
Berliner Allee 19
30175 Hannover

DIE LINKE zur Bildungspolitik

1. Wird Ihre Partei aktiv für Elternmitwirkung bei Schülern über 18 Jahre eintreten?

Nein, da mit 18 Jahren die Volljährigkeit erreicht wird. Dennoch wollen wir die Elternarbeit an Schulen auch in der Oberstufe unabhängig vom Alter der Schüler*innen unterstützen.

2. Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um den Breitbandausbau auch in ländlichen Gebieten zu forcieren?

Benötigt wird heute eine Breitbandstrategie für die Gigabitgesellschaft. Dazu ist die enorme Bedeutung des Internet als Universalinfrastruktur für Wirtschaft und Gesellschaft – sie ist vergleichbar mit der Elektrifizierung im 20. Jahrhundert – anzuerkennen und ein flächendeckender Glasfaserausbau notwendig. Der Investitionsbedarf für einen bundesweit flächendeckenden Glasfaserausbau wird jüngeren Berechnungen zufolge mit 45 Mrd. Euro beziffert (Juli 2016). DIE LINKE will jährlich bundesweit 10 Mrd. Euro investieren. Der Betrieb der Infrastruktur sollte dann aufgrund der Sensibilität der transportierten Daten nicht in zentraler staatlicher, sondern in kommunaler oder genossenschaftlicher Trägerschaft erfolgen.

3. Welches Maßnahmenpaket wird Ihre Partei ergreifen, bis zum Jahr 2023 die Inklusion personell und sächlich so auszustatten, dass an allen niedersächsischen Schulen Kinder mit Förderbedarf inklusiv beschult werden können?

Wir wollen den Inklusionsstau in der Bildung beenden. Wir wollen ein inklusives Bildungssystem, in dem Bildungsbarrieren abgebaut und Nachteile aktiv ausgeglichen werden, dass allen unabhängig von sozialen und persönlichen Voraussetzungen bestmögliche individuelle Förderung garantiert. Zwar hatte sich die Landesregierung die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Regelschulen auf die Fahne geschrieben, in der Praxis ist aber die Umsetzung bisher gescheitert. Es fehlen klare Zielsetzungen und ein Umsetzungskonzept, Qualitätskriterien für die Schulen und eindeutige Aufgabenstellungen für die Sonderpädagog*innen in den Regelschulen. Wir wollen daher Qualitätskriterien für einen guten inklusiven Unterricht verankern, eine Doppelbesetzung für Klassen im inklusiven Unterricht einführen, deutlich mehr Lehrerstellen zusätzlich für den Inklusionsprozess schaffen, die Integration der Sonderpädagog*innen in das jeweilige Kollegium verbessern und die Förderschulen in Orte des gemeinsamen Lernens und Förderns umwandeln.

4. Wird Ihre Partei aktiv für Betreuungsmöglichkeiten und die gesunde Mittagsverpflegung an den niedersächsischen Ganztagschulen eintreten?

Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei diesbezüglich ergreifen?

Wir wollen den Ganztagsbetrieb flächendeckend ausbauen. Dazu gehört auch ein beitragsfreies, gesundes Mittagessen für alle Schüler*innen. Hierzu müssen entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

5. Bestehen Ihrerseits Überlegungen, Veränderungen in Bezug auf Ausstattungs- und Finanzierungsbeihilfen für Schulen in freier Trägerschaft vorzunehmen?

Wenn ja, welche Veränderungen sind zu erwarten?

DIE LINKE schätzt die Arbeit von Schulen in freier Trägerschaft. Aus unserer Sicht ist Bildung ein Teil der Daseinsvorsorge und gehört damit in die öffentliche Hand. Deshalb wollen wir das staatliche Schulsystem stärken.

6. Wie beabsichtigt Ihre Partei, zukünftig die Unterrichtsversorgung zahlenmäßig zu erfassen?

Werden Sie in diesem Zusammenhang die Datenbasis durch eine fortlaufende, monatliche Erhebung auf ein breiteres Fundament stellen?

Wir wollen die Unterrichtsversorgung statistisch erfassen. Hierzu müssen die Verfahren verbessert werden.

7. Wird Ihre Partei der Forderung der niedersächsischen Eltern nachkommen und die Fahrtkostenbefreiung für BerufsschülerInnen und SchülerInnen der Sekundarstufe II einführen?

Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

Wenn nein, sehen Sie diese Forderung nicht als einen möglichen Gelingensbeitrag an, um Chancengleichheit zu gewähren?

Freie Fahrt in Bus und Bahn. DIE LINKE will einen kostenfreien ÖPNV für Kinder, auch in der Sekundarstufe II, an beruflichen Schulen sowie eine Optimierung des Nahverkehrs an Schulwegen.

8. Wird Ihre Partei der Forderung der niedersächsischen Eltern nachkommen und die Lernmittelfreiheit für alle SchülerInnen an niedersächsischen Schulen einführen?

Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

Wenn nein, sehen Sie diese Forderung nicht als einen möglichen Gelingensbeitrag an, um Chancengleichheit zu gewähren?

DIE LINKE setzt sich selbstverständlich für die allgemeine Lernmittelfreiheit ein. Es muss auch sicher gestellt werden, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät hat.

9. Welchen Aktionsplan wird Ihre Partei umsetzen, um die qualitative Unterrichtsversorgung an allen öffentlichen Schulen Niedersachsens nachhaltig und unmittelbar spätestens im Schuljahr 2018/2019 auf über 105 % anzuheben?

DIE LINKE will deutlich mehr Lehrerstellen schaffen, damit die Unterrichtsversorgung auf über 105% spätestens ab dem Schuljahr 2018/19 ermöglicht wird. Hierfür planen wir bundesweit Investitionen von 16,7 Mrd. Euro.

10. Was gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um die Attraktivität des Lehrerberufs in Niedersachsen, insbesondere im ländlichen Raum zu steigern?

Der Lehrerberuf wird attraktiver, wenn Schule als Lebensraum attraktiver wird und dort gute Lehr- und Lernbedingungen vorzufinden sind. Dazu gehört nicht nur ein guter baulicher Zustand der Schulgebäude, angemessene Freizeiflächen, eine gute Ausstattung der Schulen mit Unterrichtsmaterialien, IT und kleinere Lerngruppen, sondern auch eine zeitgemäße Pädagogik und multiprofessionelle Teams, die sich gegenseitig in ihren Professionen ergänzen. Wir wollen die Lehrämter gleich stellen - es gibt keinen plausiblen Grund, warum Lehrer*innen unterschiedlicher Schulformen unterschiedlich bezahlt werden. Zudem will DIE LINKE grundsätzlich eine Entlastung aller Lehrkräfte durch die Verringerung der Unterrichtsverpflichtung und besondere Entlastungsstunden für Teilzeitkräfte.

11. Anknüpfend an Frage 10: Wird Ihre Partei eine Anhebung der Besoldungsgruppen sämtlicher Lehrer in Niedersachsen beschließen, um im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern zukünftig bestehen zu können?

Wir wollen, dass alle Lehrämter gleichgestellt werden zugunsten einer besseren Besoldung.

12. Wird Ihre Partei, aktiv für den Fortbestand sämtlicher bestehenden Schulformen in Niedersachsen eintreten? Wenn ja, welche konkreten Überlegungen bestehen, ein möglichst wohnortnahes gegliedertes Schulsystem aufrechtzuerhalten?

Wenn nein, wie wird sich in Ihrer Regierungsverantwortung die Schullandschaft gestalten?

Wesentliche Ursache der sozialen Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung der Schüler*innen in unterschiedliche Schulformen. Wir wollen daher eine Schule für alle: eine Gemeinschaftsschule/integrierte Gesamtschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Statt Bildungschancen über unterschiedliche Bildungswege zuzuweisen, fordern wir inklusive Schulformen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Die Gemeinschaftsschule/integrierte Gesamtschule fördert die Kinder individuell und umfassend. Private Nachhilfe und Hausaufgaben werden überflüssig. Die Gemeinschaftsschule hat einen hohen inhaltlichen Anspruch, fördert Stärken und gleicht Nachteile aus. Sie ist ganztägig organisiert und bietet alle Schulabschlüsse an. Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sollen in multiprofessionellen Teams zusammenwirken. Die Gemeinschaftsschule ist demokratisch organisiert mit einer wirklichen Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern.

13. Wird Ihre Partei BNE als Pflichtveranstaltung im Rahmen der Lehrerbildung implementieren? Wenn ja, konkretisieren Sie bitte zu erwartende Veränderungen.

Wenn nein, warum sehen Sie kein Erfordernis?

BNE sollte aus unserer Sicht Bestandteil der Lehramtsausbildung sein.

14. Anknüpfend an Frage 13: Wird Ihre Partei konkrete Lernziele und Leistungsnachweise in zukünftigen Kerncurricula formulieren, um BNE präsenter im Schulalltag zu verankern?

Ebenso sollte BNE fächerübergreifend fester Bestandteil des Unterrichts an allen – auch an den beruflichen – Schulen sein.

15. Wie beabsichtigt Ihre Partei, nach Abschaffung der Schulinspektion die Arbeit der Schulen in Niedersachsen zu evaluieren?

Wir lehnen ein Schulranking ab, da die Situation an jeder Schule (z.B. Brennpunktschule, Schule auf dem Land) unterschiedlich ist und plädieren stattdessen für eine angstfreie Beratung bei Schulproblemen zunächst innerhalb der Schulorganisation, und falls das nicht ausreicht, mit der Landesschulbehörde.

16. Anknüpfend an Frage 15: Kommt für Ihre Partei eine paritätisch mit Eltern besetzte zentrale Stelle, die direkt dem Minister/der Ministerin in Form des Berliner Modells unterstellt ist, in Betracht?

Wir wollen Eltern sowie Schüler*innen stärker in die Entscheidungsgremien von Schule einbeziehen und damit demokratische Entscheidungsprozesse möglich machen. Das betrifft die paritätische Zusammensetzung von Konferenzen, die Wählbarkeit von Schulleitungen, die Mitsprache bei der Stoffauswahl im Rahmen der für alle geltenden Bildungsstandards, die offene Arbeit in Lernprozessen, die Einbeziehung von demokratisch gewählten Vertretungen der Lernenden, der Lehrenden und der Eltern. Schülervertretungen sollen ein allgemeines politisches Mandat haben. Schulträger sind von den Ländern auch bei inhaltlichen Veränderungen der Bildungslandschaft stärker zu hören und in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

17. Was versteht Ihre Partei unter "Digitalisierung" an den Schulen?

Wir wollen stärker Kompetenzen im Bereich Medien und Information vermitteln. Ein selbstbestimmter und kritischer Umgang mit digitalen Technologien und dem Internet sind mit Bildung verbunden. Digitale Medien dürfen nicht zum Einfallstor für Privatisierung der Bildung durch kommerzielle Anbieter, Unternehmen oder Verlage sein. In Bildungseinrichtungen eingesetzte Software sollte Freie Software sein, die Hardware sollte nach Möglichkeit offen spezifiziert sein. Wir wollen, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsausstattung zur Verfügung hat und frühzeitig und regelmäßig mit den Prinzipien der digitalen Technologien (etwa Funktionsweise von Speichern, Sensoren, Programmierkenntnissen) vertraut gemacht wird. Deshalb brauchen Schulen kostenlose Leihgeräte für alle, die sich selbst keines leisten können. Die IT-Infrastruktur an Schulen muss durch Fachpersonal betreut werden. Entsprechende Planstellen sollen kurz- und mittelfristig geschaffen werden.

18. Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um die Lehrerbildung auf die "Digitalisierung", aber auch auf die Risiken und Gefahren im schulischen Alltag abzustimmen?

Der Ausbau der IT muss selbstverständlich einhergehen mit der Ausbildung und mit Fortbildungsangeboten für Lehramtsstudierende und die aktiven Lehrkräfte.

19. Wird Ihre Partei den Nachteilsausgleich auch für Auszubildende an den Berufsschulen und SchülerInnen im Abschlussjahrgang in der SEK I und SEK II einführen?

Wenn ja, welche Veränderungen können Betroffene erwarten?

Wenn nein, warum besteht aus Ihrer Sicht kein Bedarf des Handelns?

Ja, der Nachteilsausgleich muss für alle Schüler*innen offenstehen.

20. Wird Ihre Partei die frühzeitige Einbindung des Landeselterrates in Gesetzgebungsverfahren und allen anderen,

Eltern niedersächsischer SchülerInnen betreffenden Veränderungen schulrechtlicher Vorgaben befürworten sowie aktiv an deren Umsetzung arbeiten?

Siehe Antwort auf Frage 16

21. Wie positioniert sich Ihre Partei bezüglich des Einschulungsalters und der Einschulungsvoraussetzung? Sehen Sie Änderungs- oder Konkretisierungsbedarf, wenn ja welchen und welche Gründe sprechen für eine Veränderung?

Die Kindheit ist nicht nur zum Lernen da. LV Niedersachsen die Frage beantworten.

22. Wie stehen Sie zu einem rückschlussfreien Beschwerdemanagement als Angebot für Eltern? An welcher Institution sollte ein rückschlussfreies Beschwerdemanagement eingerichtet werden, a) bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde?

b) bei dem Niedersächsischen Kultusministerium? Welche Gründe sprechen für Ihre Auswahl a) oder b)?

Grundsätzlich sollten Eltern, die Probleme mit den Lehrkräften oder der Schulleitung haben, versuchen, diese zunächst im direkten Gespräch mit der jeweiligen Lehrkraft – oder falls sie dort nicht weiter kommen, mit der Schulleitung zu klären. Wenn das auch nicht fruchtet – was sicherlich die Ausnahme sein wird, ist die nächste übergeordnete Ansprechpartnerin a) die Landesschulbehörde.